

SYNAGOGEN-GEMEINDE KÖLN

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Ottostraße 85 /
Eingang Nußbaumerstraße
50823 Köln (Ehrenfeld)
Telefon: +49 221 716 62-0
Fax: +49 221 716 62-599
www.sgk.de
info@sgk.de

FDP – Fraktion
im Rat der Stadt Köln
Rathausplatz 1
50667 Köln

Köln, den 24. Oktober 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 10. Oktober 2019 haben wir Bezug genommen auf die Reaktionen der politischen Öffentlichkeit zum Anschlag in Halle am 9. Oktober 2019.

Wir hatten in diesem Brief der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass wir in dieser Situation auf die Solidarität der Stadt Köln bauen können.

Am Sonntag, dem 27. Oktober 2019 wird der Journalist der TAZ, Andreas Zumach, in den Räumen der Volkshochschule von 17:00 bis 19:00 Uhr einen Vortrag (Kurs) abhalten mit dem Thema: Universell gültig – aber nicht im Nahen Osten, Untertitel: die Lage der Menschenrechte.

Andreas Zumach ist Mitglied im „Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern“. Der Titel klingt gut und lässt Hoffnung entstehen. Leider täuscht dies, denn dieses Bündnis äußert Verständnis für militante Palästinenser und ist Unterstützer des BDS.

Wie Sie wissen, fordert der BDS einen Boykott des israelischen Staates. Diesem von Palästinensern gegründetem und bis heute geführtem Bündnis geht es nicht um Gerechtigkeit, sondern schlicht um die Diskriminierung von Juden und letztlich um die Beseitigung des jüdischen Staates. Dass dies antisemitisch ist, muss hier nicht ausdrücklich erwähnt werden. Nicht umsonst haben die Bundesregierung, die Landesregierung NRW oder der ASTA der Universität Köln je einen Beschluss gefasst, die BDS – Bewegung zu bekämpfen – und diesem Antisemitismus keinen Raum zu geben.

Dass ein Unterstützer dieser politischen Meinung die Gelegenheit bekommt in Räumen der Stadt Köln seine Meinung – und damit Antisemitismus – öffentlich und von der Volkshochschule in ihrem Programm beworben, zu äußern und zu vertreten, setzt uns daher in Erstaunen. Sollten die Beteuerungen „nie wieder“ und jetzt muss etwas gegen den Antisemitismus getan werden weniger als 14 Tage gehalten haben?

Und es stellt sich dabei die Frage, ob es nicht zum normalen Planungsablauf der Volkshochschule gehört, ihre Veranstaltungen dahingehend zu überprüfen, ob Rechtsgüter verletzt werden? Antisemitismus und Anschläge gegen die Bevölkerung Israels öffentlich zu propagieren gehört wohl nicht zu den Aufgaben einer Volkshochschule.

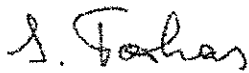
SYNAGOGEN-GEMEINDE KÖLN

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Wir bedauern es sehr, dass wir auf solchen Missstand aufmerksam machen müssen und es nicht zum Selbstverständnis unserer Kommune gehört.

Mit besten Grüßen

Synagogen-Gemeinde Köln
Der Vorstand



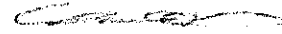
Isabella Farkas



Abraham Lehrer



Bettina Levy



Dr. Felix Schotland